

Atommüll-Endlagerung

Tschechien forciert seine Endlagersuche

In sechs geologisch dafür geeigneten Gemeinden hatte sich die tschechische Bevölkerung in Gebietsreferenden mit 80 bis 99 Prozent gegen die Errichtung von Endlagerstätten, auf ihrem Gemeindegebiet ausgesprochen. Die erste Welle von 25 Gebietsreferenden und Petitionsaktionen fanden in den Jahren 2003 und 2004 statt und endete vorläufig mit einer Demonstration vor dem Regierungsamt in Prag. Weil die Ablehnung der Bevölkerung derart groß war, verhängte das tschechische Industrieministerium schließlich ein fünfjähriges Moratorium über die Untersuchungsarbeiten. Dieses Moratorium läuft jetzt ab. Die zuständige staatliche Behörde SURAO forciert nun die Suche nach einem atomaren Endlager in Tschechien und die Bürgermeister der sechs Gemeinden sowie Vertreter von Bürgervereinigungen unterzeichneten deshalb am 20. April 2009 in der südböhmischen Gemeinde Božejovice eine Aufforderung an die Regierung, ihren Widerstand endlich ernst zu nehmen. Die Gemeinden warteten bisher vergeblich darauf, daß ihre Forderungen nach einer gesetzlichen Änderung der Regelungen über ihre Beteiligungsrechte am Auswahlverfahren erfüllt werden.

Die tschechische Regierung will im Jahre 2065 ein Endlager für hochaktiven Atommüll in Betrieb nehmen und dafür bis 2015 zwei geeignete Orte benannt haben. In der Auswahl befinden sich derzeit

- Lohdřov - Pluhův Žďár - Kreis Vysočina,
- Božejovice - Vlkšice (Chyšky) - Kreis Südböhmen,
- Pačejov - Kreis Pilsen,
- Lubenec - Kreis Ústí nad Labem,

- Budišov - Kreis Vysočina,
 - Rohozná-Růžná - Kreis Vysočina
- sowie die militärischen Standorte:
- Boletice bei Český Krumlov,
 - Brdy bei Příbram,
 - Březina bei Vyškov,
 - Hradiště u Karlových Varů a Libavá u Olomouce.

Mit der Untersuchung der Militärübungsstandorte soll offenbar eine Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche einfach umgangen werden, weil diese bereits im Eigentum des Staates sind, wird in den betroffenen Gemeinden befürchtet. Vorläufige Ergebnisse geologischer Untersuchungen ließen gerade die Standorte Boletice im Bezirk Krumau und Hradiště im Bezirk Karlsbad als besonders geeignet erscheinen, heißt es. Der südböhmische Standort Lohdřov ist lediglich 30 Kilometer von Österreich entfernt und der Militärstandort Boletice liegt in unmittelbarer Nähe zum südböhmischen Krumau, ebenfalls nahe der österreichischen Grenze. Das ruft auch die österreichische Bürgervereinigung Atomstopp Oberösterreich (www.amstopp.at) auf den Plan. Auch oberösterreichische Politiker kritisierten scharf die Erwägungen der Tschechischen Republik über den Bau eines Endlagers im grenznahen Militärareal Boletice. Der oberösterreichische Antiatom-Beauftragte für grenznahe Atomanlagen Radko Pavlovec bezeichnete am 26. Mai 2009 laut APA-Agentur die Auswahl der zwei Militärgelände als Ablenkungsmanöver, um von der ungelösten Frage der Lagerung des abgebrannten Kernbrennstoffes aus dem Atomkraftwerk Temelin abzulenken.

Gorleben-Gegner bieten CSU Hilfe an

Der bayerische Umweltminister Markus Söder äußerte sich kritisch über die Pläne der tschechischen Regierung, in der Nähe zur bayerischen

Grenze ein Atommüll-Endlager errichten zu wollen. „Wir haben größte Sorge und werden die Untersuchungen in Tschechien sehr genau verfolgen“, sagte Söder dem Bayerischen Rundfunk. Boletice und Hradiště liegen nur etwa 40 Kilometer von der Grenze zu Bayern entfernt. „Diese Sorge können wir gut nachvollziehen“, sagte Wolfgang Ehmke, Sprecher der Gorleben-Gegner, und erinnerte daran, daß auch Gorleben einmal wegen seiner Grenznähe – damals zur DDR – als Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum ausgewählt wurde. Die CSU in Niederbayern kündigt „entschiedenen Widerstand“ an. CSU-Bezirkschef Manfred Weber nannte es „inakzeptabel, daß ein Atommüll-Endlager mitten in einer der schönsten Naturregionen Europas“ entstehen soll.

Atommüll

Im Versuchsendlager Asse II ist deutlich mehr radioaktives Inventar eingelagert als behauptet

Recherchen von Greenpeace zufolge übersteigt allein die Menge des in dem maroden Versuchsendlager Asse II bei Wolfenbüttel eingelagerten Tritiums die Angaben des früheren Betreibers um das 4,5-fache. Die Einlagerungsunterlagen des Helmholtz Zentrums München dokumentieren ein Tritium-Inventar von lediglich 4.380 Gigabecquerel zum 1. Januar 1980. Greenpeace hat jedoch auf Grundlage der regelmäßig durchgeführten Tritium-Messungen in der Abluft der Asse ein eingelagertes Inventar von rund 20.000 Gigabecquerel oder mehr berechnet und fordert von den vier Stromproduzenten RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW die lückenlose Aufklärung darüber, welchen und wieviel Atommüll sie in die

„Wir hingegen haben in den 30 Jahren Widerstand gegen Gorleben erfahren, daß derartige Argumente nichts fruchten. Wer sich gegen Atommülldeponien engagiert, muß ebenso engagiert gegen Atomkraft kämpfen“, rät die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Die Gegner eines Atommülllagers an der tschechisch-bayerischen Grenze sollten sich nicht mit Appellen an den Bundesumweltminister aufhalten, sondern am 5. September 2009 in Berlin für eine kraftvolle Kundgebung gegen Atomkraft beitragen. Die BI fordert den bayrischen Umweltminister Markus Söder darüber hinaus zu einem Streitgespräch auf, wenn ihr Info-Bus auf der Sommertour im Juli Nürnberg ansteuert. ●

Asse eingelagert haben. Das Helmholtz Zentrum München als vormaliger Betreiber hatte die Menge des eingelagerten Tritiums zum Teil im Nachhinein lediglich geschätzt, nachdem die Einlagerung des Atommülls von 1967 bis 1978 nur äußerst ungenau dokumentiert worden war.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller (SPD), bestätigte am 6. Mai 2009 im Unterausschuß des Deutschen Bundestages zudem Meldungen, denen zufolge in dem Bergwerk auch kontaminierte Bundeswehrabfälle und Kadaver von Tieren, denen radioaktive Stoffe zugeführt worden waren, eingelagert sind. Der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, er-